

Stand: 27.06.2026 07:10:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/21876

"Bayern: vielfältig und weltoffen! Kein Missbrauch religiöser Symbole durch die Partei CSU und Staatsregierung!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/21876 vom 25.04.2018
2. Beschluss des Plenums 17/21960 vom 26.04.2018
3. Plenarprotokoll Nr. 131 vom 26.04.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bayern: vielfältig und weltoffen! Kein Missbrauch religiöser Symbole durch die Partei CSU und Staatsregierung!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest:
Bayern ist ein weltoffener Freistaat und Kulturstaat. Gesellschaft und Rechtsordnung sind durch Vielfalt und Toleranz geprägt.
2. Der Landtag missbilligt jeglichen Missbrauch religiöser Symbole durch die Partei CSU und Staatsregierung.
3. Die Staatsregierung wird aufgefordert, die durch die am 24. April 2018 beschlossene Änderung der allgemeinen Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaates Bayern eingeführte Verpflichtung, im Eingangsbereich eines jeden Dienstgebäudes deutlich wahrnehmbar ein Kreuz anzubringen, wieder aufzuheben.

Begründung:

Die Bayerische Verfassung garantiert die Religionsfreiheit und betont ihre Bedeutung. Art. 107 der Verfassung hat folgenden Wortlaut:

„(1) Die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist gewährleistet.

(2) Die ungestörte Religionsausübung steht unter staatlichem Schutz.

(3) ¹Durch das religiöse Bekenntnis wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. ²Den staatsbürgerlichen Pflichten darf es keinen Abbruch tun.

(4) Die Zulassung zu den öffentlichen Ämtern ist von dem religiösen Bekenntnis unabhängig.

(5) ¹Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. ²Die Behörden haben nur soweit das Recht, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zu fragen, als davon Rechte

und Pflichten abhängen oder eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung dies erfordert.

(6) Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder zur Teilnahme an religiösen Übungen oder Feierlichkeiten oder zur Benutzung einer religiösen Eidesformel gezwungen werden.“

Die allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaates Bayern ist durch Beschluss des Ministerrats vom 24. April 2018 geändert worden. In der Pressemitteilung der Staatskanzlei heißt es dazu: *„Im Eingangsbereich eines jeden Dienstgebäudes im Freistaat ist als Ausdruck der geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns deutlich wahrnehmbar ein Kreuz als sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung in Bayern und Deutschland anzubringen. Der Ministerrat hat heute eine entsprechende Änderung der allgemeinen Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaates Bayern beschlossen. Das Kreuz ist das grundlegende Symbol der kulturellen Identität christlich-abendländischer Prägung.“*

Damit wird deutlich, dass die Staatsregierung versucht, das Kreuz umzudefinieren und umzudeuten. Es ist das zentrale Symbol des christlichen Glaubens und der christlichen Kirchen. Wenn die Partei CSU und Staatsregierung dies nun umdeuten zu einem „Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung in Bayern“, ist darin ein Angriff auf die christlichen Kirchen zu sehen, da dadurch deren zentrales Symbol seiner Aussage und seines Sinngehalts beraubt werden soll.

Die Rechts- und Gesellschaftsordnung in Bayern ist durch vielfältige Traditionen geprägt, an denen Christentum, Judentum, Islam und andere Religionen genau so wie atheistische und nicht religiös eingestellte Menschen, Bewegungen und Ansichten ihren Anteil haben. Die Verfassung garantiert die Glaubensfreiheit für alle Menschen und auch die Freiheit, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören. Die Verfassung garantiert eine Gesellschaftsordnung, in der der Staat keiner Religion den Vorzug gibt.

Eine Zusammenarbeit des Staates mit Glaubens- und Religionsgemeinschaften ist in bestimmten Bereichen und zu konkreten Anlässen sinnvoll und zulässig, darf aber nicht dazu führen, dass der Staat sich wie eine Religionsgemeinschaft verhält und seinerseits religiöse Symbole verwendet.

Der Missbrauch christlicher Symbole zu Wahlkampfzwecken durch die Partei CSU und Staatsregierung

spaltet die Gesellschaft und gefährdet den inneren Frieden.

Der Freistaat Bayern und seine Rechts- und Gesellschaftsordnung wird durch mehrere Zeichen symbolisiert: So durch die Landesfarben Weiß und Blau und durch das gesetzlich bestimmte Landeswappen. Dies ist in Art. 1 der Verfassung festgelegt. Ferner ist der fränkische Rechen ein weiteres Landessymbol. Das Kreuz ist kein Symbol des bayerischen Staates, son-

dern das zentrale Zeichen der christlichen Religion. Der Respekt vor den christlichen Kirchen gebietet, dieses Zeichen nicht seiner Aussage zu berauben.

Das Grundrecht der Menschen in Bayern, sich von Religionen fernhalten zu dürfen, wenn sie dies wollen, ist zu achten. Dies führt dazu, dass sie nicht von staatlichen Behörden allgemein und unentwegt und ohne konkreten Anlass mit religiösen Symbolen konfrontiert werden dürfen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Gisela Sengl** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

Drs. 17/21876

Bayern: vielfältig und weltoffen! Kein Missbrauch religiöser Symbole durch die Partei CSU und Staatsregierung!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Katharina Schulze

Abg. Karl Freller

Abg. Eva Gottstein

Abg. Markus Blume

Abg. Thomas Gehring

Abg. Diana Stachowitz

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Florian Streibl

Abg. Ernst Weidenbusch

Abg. Claudia Stamm

Abg. Alexander Muthmann

Staatsminister Joachim Herrmann

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bayern: vielfältig und weltoffen! Kein Missbrauch religiöser Symbole durch die Partei CSU und Staatsregierung! (Drs. 17/21876)

Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darf ich Frau Kollegin Schulze das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Martin Luther soll auf dem Reichstag von Worms gesagt haben: "Hier stehe ich und kann nicht anders." Er tat dies wohl aus tiefster innerer Überzeugung und war bereit, die Konsequenzen zu tragen, so fatal sie auch waren.

Die CSU-Regierung hat am Dienstag beschlossen, dass künftig im Eingangsbereich jedes Dienstgebäudes des Freistaats ein Kreuz hängen muss. Sie hoffen, dass Ihnen das bei der Landtagswahl mehr Stimmen bringt. Ihr Motto heißt also: Hier stehen wir, aber vielleicht auch dort, wenn es opportun ist. Anstelle einer tiefen inneren Überzeugung entdecke ich bei Ihnen nur kaltes Kalkül. Sie sagen in Ihrer Begründung: Das Kreuz sei ein Ausdruck der geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns. Das finde ich, ehrlich gesagt, eine sehr wundersame Ansicht. Ich weiß nicht, an welcher Schule Sie waren. Aber ich habe im Religionsunterricht gelernt: Das Kreuz ist das Symbol des gekreuzigten und auferstandenen Jesus und als solches das zentrale Symbol des Christentums.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Ja, richtig!)

Dort steht das Kreuz für die Hoffnung auf Erlösung, bei Ihnen steht das Kreuz für die Hoffnung auf Mehrheiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde, dass Sie mit dieser berechnenden und populistischen Haltung nicht nur den Geist unserer Verfassung verletzen, sondern Sie spalten auch die Gesellschaft, säen Unfrieden und missbrauchen ein Symbol des Glaubens.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Bayern ist die Rechts- und Gesellschaftsordnung durch viele Einflüsse geprägt. Religionen spielen ebenso wie Atheistinnen und Agnostiker eine wichtige Rolle. An wen ich glaube oder ob ich überhaupt glaube, das ist eine zutiefst persönliche Entscheidung. Das alles hat viel mit innerer Überzeugung zu tun. Diese innere Überzeugung lässt sich nicht verordnen, nicht einmal von einer CSU-Regierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aus gutem Grund garantiert die Verfassung die Glaubensfreiheit ebenso wie die Freiheit, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören. Dieses Recht garantiert uns persönliche Freiheit und schafft gesellschaftlichen Frieden. Niemand muss sich offenbaren. Niemandem wird die Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft abgesprochen, weil der Glaube vermeintlich nicht stimmt. Diesen Konsens wollen Sie nun aufkündigen. Sie wollen, dass der Staat seine weltanschauliche Neutralität aufgibt und das Christentum sichtbar über andere Überzeugungen stellt. Ihre Botschaft an alle, die keiner christlichen Kirche angehören, lautet: So richtig gehört die Person irgendwie nicht dazu. Damit spaltet man die Gesellschaft. Sie säen als CSU Unruhe und Unfrieden. Plötzlich muss man anfangen, sich für seinen Glauben zu rechtfertigen.

Ehrlich gesagt, der andere Hammer ist, dass jetzt die Botschaft an alle, die einer christlichen Kirche angehören, wie folgt lautet: Das Kreuz ist nicht mehr nur ein Symbol eures Glaubens, sondern auch ein politisches Symbol, ob es euch gefällt oder nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Sie sprechen davon, dass die Anordnung ein Bekenntnis zu den Grundwerten unserer Gesellschaft und Rechtsordnung sein solle. Ich sage Ihnen: Diese Anordnung ist genau das Gegenteil; denn Sie fördern nicht Zusammenhalt und Toleranz, sondern schaffen Zwietracht und grenzen aus. Wenn Sie gegen den Werteverfall in unserer Gesellschaft etwas tun wollen, dann unterlassen Sie diesen gefährlichen Unsinn; denn damit signalisieren Sie: Es geht nicht um Werte, die für alle gelten, sondern es geht um "wir gegen die". Es geht einzig und allein um den Wahlkampf der CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, man muss es ertragen können, dass andere anders sind, und zwar ohne den Versuch, sie so zu machen, wie man selbst ist oder wie man sie gerne hätte. Das ist das Wesen eines modernen aufgeklärten Staates. Leben und leben lassen heißt dieser Grundsatz. Wir sind damit immer gut gefahren.

Kolleginnen und Kollegen, ich bin fest davon überzeugt, dass dieser Versuch für die CSU-Regierung zum Bumerang wird. Die große Mehrheit der Menschen will eben nicht, dass Religion für politische Ziele missbraucht wird. Ich appelliere hier auch an die Kirchen: Lassen Sie es nicht zu, dass das Symbol Ihres Glaubens für parteitaktische Zwecke missbraucht wird!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Lassen Sie es nicht zu, dass es verstaatlicht und zu einem politischen Wandschmuck degradiert wird. Ich fordere die CSU-Regierung auf: Hören Sie auf, Unfrieden in die Gesellschaft zu tragen.

(Tobias Reiß (CSU): Das machen doch die GRÜNEN!)

Hören Sie auf, religiöse Symbole für Ihre taktischen Zwecke zu nutzen. Hören Sie auf, gegen das Neutralitätsgebot zu verstoßen. Nehmen Sie Ihren Beschluss endlich wieder zurück!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Kommen Sie bitte noch einmal an das Rednerpult zurück für eine Zwischenbemerkung. – Herr Kollege Freller, bitte.

Karl Freller (CSU): Frau Kollegin, ich hätte gerne eine Antwort auf den Text, den ich jetzt vorlese. Ich möchte dazu Ihre Meinung hören. Es ist ein Text von Kardinal Wetter zum Thema Kreuz. Er war der Vorgänger von Kardinal Marx. Ich zitiere wörtlich:

Ein Staat lebt nicht losgelöst von seinem Volk und dessen Geschichte. Er ist gewachsen und geformt aus vielfältigen Erfahrungen. Deshalb ist es auch für den Staat selbst legitim, Herkunft und geschichtliche Wurzeln nicht zu leugnen, sondern die in seiner Geschichte gewachsenen Zeichen und Symbole darzustellen und den Menschen zu zeigen.

Maßstab ist dabei das Wohl aller Bürger. Staatliches Handeln wird dort unzulässig, wo Einzelnen Schaden droht. Das Anbringen eines Kreuzes beschädigt niemand, verletzt niemand in seinem Lebensrecht und in seiner persönlichen Freiheit und auch nicht in seiner Freiheit zur Religionslosigkeit.

Ich möchte eine Antwort von Ihnen zu diesem Text von Herrn Kardinal Wetter.

(Beifall bei der CSU)

Katharina Schulze (GRÜNE): Das mache ich sehr gerne. Ich glaube, das Entscheidende ist, dass man Werte wie Nächstenliebe, die Bewahrung der Schöpfung und Ähnliches lebt und nicht nur per Kreuz an Behördenwände nagelt. Das ist doch die entscheidende Frage.

(Unruhe bei der CSU)

Aus gutem Grund gibt es ein Neutralitätsgebot des Staates. Ich finde es perfide, dass sie, die CSU, ein religiöses Symbol für politische Zwecke missbrauchen. Das ist das

große Problem. Das sage nicht nur ich, sondern das sagen auch viele Menschen, die in der Kirche aktiv sind. Das sagen Pfarrerinnen und Pfarrer, die sich deutlich gegen Ihren Vorschlag ausgesprochen haben. Das sollte Ihnen eindeutig zu denken geben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Karl Freller (CSU): Das ist doch keine Antwort!)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Gottstein, Sie hatten auch eine Zwischenbemerkung angemeldet. – Frau Kollegin Schulze, bitte bleiben Sie am Mikrofon – Frau Kollegin, bitte schön.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Liebe Frau Kollegin Schulze, Sie stimmen sicher mit mir überein, dass das Zitat von Kardinal Wetter gerade das Gegenteil von dem aussagt, was derzeit passiert. Er bezieht sich auf die Würde des Kreuzes, und er sieht das Kreuz sehr wohl als religiöses Symbol. Ich glaube, darum geht es in der Debatte aber gar nicht: um das Aufhängen eines religiösen Symbols. Ich glaube vielmehr, es geht um das Aufhängen eines Folklorestückes. Das ist doch das Beschämende.

(Unruhe bei der CSU)

So wurde es zitiert. Es ist wortwörtlich nachzulesen, dass es kein religiöses Beispiel ist. Das Kreuz ist sehr viel mehr. Deshalb sind derzeit auch so viele Christen in Aufruhr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Katharina Schulze (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Kollegin Gottstein. Ich hatte es in meiner Rede klar formuliert: Das Perfide daran ist, dass die CSU selbst sagt, das Kreuz wäre ein kulturelles Symbol. Damit tritt sie vielen Menschen, die das Kreuz als Symbol ihres Glaubens im Herzen tragen, auf die Füße. Deswegen sind auch viele Christinnen und Christen zu Recht sauer und stehen auf und sagen: Ganz ehrlich, das hat mit Christlichkeit nichts zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

Präsidentin Barbara Stamm: – Ich kann nach der Geschäftsordnung keine Zwischenbemerkung mehr zulassen. Jetzt hat Herr Kollege Blume für die CSU das Wort. – Ich darf noch bekannt geben, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat. – Bitte, Herr Kollege.

Markus Blume (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im ersten Brief des Paulus an die Korinther heißt es:

(Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

"Das Wort vom Kreuz ist eine Torheit denen, die verloren werden" – Liebe Frau Kollegin Schulze, wenn Paulus gewusst hätte, was Sie heute hier für eine Rede halten, hätte er wahrscheinlich nicht nur von einer Torheit, sondern von der größten anzunehmenden Dummheit gesprochen.

(Beifall bei der CSU – Florian Ritter (SPD): Sind Sie jetzt zuständig für die Definition von Glaubensfragen! – Thomas Gehring (GRÜNE): Blasphemie!)

Ihr Antrag ist heuchlerisch. Er ist heuchlerisch, weil Sie vorgeben, die christlichen Kirchen schützen zu wollen vor einem Staat, der sich anmaßen würde, das Kreuz zu usurpieren.

(Allgemeine Unruhe)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Blume, bitte einen Augenblick. Ich bitte, dass wir bei dieser Debatte zumindest ein Stück weit Haltung annehmen, ohne diese Zwischenrufe.

(Beifall bei der CSU – Florian Ritter (SPD): Haltung? Von uns aus gerne, dann fangen wir aber da vorne an! – Unruhe)

Herr Kollege Blume – –

(Unruhe)

Ich bitte darum, diese Zwischenrufe zu unterlassen. Das gilt für alle hier im Haus. –
Bitte schön.

Markus Blume (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Der Antrag ist nach unserem Dafürhalten heuchlerisch, weil Sie vorgeben, die christlichen Kirchen schützen zu wollen, weil der Staat angeblich das Kreuzzeichen usurpiert. Ich sagen Ihnen, was tatsächlich der Fall ist: Sie sind religionsfeindlich und wollen einen laizistischen Staat. Sie möchten Bayern zu einer religionsfreien Zone machen. Meine Damen und Herren, wir sagen ganz klar: nicht mit der Christlich-Sozialen Union!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich behaupte, Ihr Antrag ist auch gefährlich; denn so wie Sie kann nur jemand argumentieren, dem egal ist, was unser Land geprägt hat und auch in Zukunft prägen wird. Außerdem ist Ihr Antrag falsch, weil Sie behaupten, hier würde jemand das Kreuz zu einem Bekenntnis zu den Grundwerten unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung umdeuten. Ich sage Ihnen, das Kreuz ist das Bekenntnis zu den Grundwerten unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Natürlich ist das Kreuz das Zeichen des Christentums. Unter dem Einfluss von Humanismus und Aufklärung ist es aber eben auch zu einem konstitutiven Element unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung geworden.

Sie zitieren die Bayerische Verfassung. Ich sage Ihnen, hätten Sie lieber vorne angefangen, ganz vorne bei der Präambel. In der Präambel heißt es:

Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des Zweiten Weltkriegs geführt hat ...

Das war der historische Hintergrund, vor dem diese Bayerische Verfassung entstanden ist.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Zu behaupten, dass diese Bayerische Verfassung frei von christlicher Prägung wäre, frei von christlichen Werten und diesem Erlebnis des Zweiten Weltkriegs, ist historisch falsch, meine Damen und Herren.

(Karl Freller (CSU): Das ist grundfalsch!)

Es ist historisch falsch, es ist auch faktisch falsch. Es ist in jeder Hinsicht falsch, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich einen Sozialdemokraten zitieren, den Reichstagsabgeordneten Carlo Mierendorff. Er hat nach seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager zu einem Freund gesagt:

Wissen Sie, als Atheist bin ich in das Konzentrationslager gekommen, und nach dem, was ich dort erlebt habe, verließ ich es als gläubiger Christ. Es ist mir klar geworden, dass ein Volk ohne metaphysische Bindung, ohne Bindung an Gott, weder regiert werden noch auf Dauer blühen kann.

Meine Damen und Herren, wer sich zum Kreuz bekennt, wer Kreuze aufhängt, der muss sich dafür nicht rechtfertigen; denn er bekennt sich gerade zu den notwendigen Wertgrundlagen unserer freiheitlichen, unserer pluralen, unserer offenen Gesellschaft.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich etwas zu den Werten sagen. Unser Ministerpräsident hat das bei der Tagung der Landessynode deutlich an die Synodalen gerichtet: Das Kreuz steht für Menschenwürde. Es steht für Toleranz, und es steht für Nächstenliebe. – Ich sage ganz deutlich: Wer Kreuze abnimmt, der nimmt auch die Toleranz ab. Der hängt im Gegenzug Intoleranz auf in diesem Land. Meine Damen und Herren, das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CSU)

Wir hängen Kreuze auf, weil wir damit Haltung zeigen, übrigens auch gegen die, die ein anderes Land wollen, die in diesem Land Intoleranz säen wollen und die vielleicht sogar Antisemitismus hoffähig machen wollen.

Ich darf an dieser Stelle einmal auf die Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Deutschen Bundestag Göring-Eckardt abstellen. Sie hat heute gesagt, das Kreuz aufzuhängen sei Wahlkampfgetöse und beschämend. Ich sage Ihnen, was wirklich beschämend ist: Aus der grünen Multikulti-Ecke

(Katharina Schulze (GRÜNE): Jetzt reicht es aber!)

empört man sich über die, die hier ein Kreuz aufhängen, aber zu dem neuen Antisemitismus, der sich in unserem Land breitmacht, kommt kein hartes Wort. Das zeigt Ihre verquere Weltsicht.

(Beifall bei der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE): Unverschämtheit!)

Wer nicht in der Lage ist, seine eigenen Werte zu vertreten, der ist der wahre Feind der offenen Gesellschaft.

Lassen Sie mich etwas zur Rolle und zur Aufgabe des Staates sagen: Die weltanschauliche Neutralität des Staates darf nicht mit einem sittlich ungebundenen Staat gleichgesetzt werden. In Deutschland sind Staat und Kirche unterschieden, das ist

richtig. Sie sind sich aber gegenseitig nicht egal. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat beispielsweise geurteilt, dass das Neutralitätsgebot nicht als Gebot zur Eliminierung des Religiösen aus dem öffentlichen Bereich zu verstehen sei, es bedeute eben keine völlige Indifferenz in religiös-weltanschaulichen Fragen und eben auch keine laizistische Trennung von Staat und Kirche.

Ich sage Ihnen: Umgekehrt ist es Aufgabe des Staates, die Grundlagen unseres Zusammenlebens zu sichern: die natürlichen Lebensgrundlagen, die kulturelle Überlieferung, aber eben auch die christliche Prägung. Wir schützen unsere Identität, um auch künftig so weltoffen und freiheitlich sein zu können, wie wir das heute in diesem Freistaat Bayern sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich finde es interessant, liebe Kollegin Schulze, dass Sie auch zur christlichen Verantwortung und zum christlichen Symbol gesprochen haben. Es gibt in Ihrer Fraktion eine ganze Reihe von Kollegen, die sich offen zum Christentum bekennen. Ich würde Ihren Fraktionskollegen etwas mehr Mut wünschen, sich in einer solchen Debatte einzuschalten. Man kann schlaue daherreden über christliche Symbole, über christliche Verantwortung. Ich sage Ihnen: Am Ende ist es doch ein Unterschied, ob man sich tatsächlich zum Christentum bekennt. Ich sage an der Stelle ganz deutlich: Ich bin stolz auf die CSU-Fraktion, von der von 101 Kollegen 101 Kollegen tatsächlich ein konfessionelles Bekenntnis zum christlichen Glauben ablegen.

(Beifall bei der CSU)

Vielleicht noch ein Letztes zu der Aufregung, die sich in diesem Land erneut breitmacht bei einem solchen Thema: Wir führen doch hier keinen Kulturkampf.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Sie führen einen!)

Wir sind doch auch nicht auf einem neuen Kreuzzug aus Bayern heraus, sondern wir versuchen doch nur, uns der gemeinsamen Grundlagen unseres Zusammenlebens zu

versichern. Mich irritiert, dass man sich in diesem Land viel mehr Gedanken über die anderen macht als über die eigenen Grundlagen.

Ich sage auch ganz deutlich: Die größte Bedrohung für christliche Werte in diesem Land ist nicht die Bedrohung von außen, sondern ist die Bedrohung und Schwäche von innen. Deswegen will ich ganz ehrlich sagen: Mich lässt mancher ratlos zurück, auch Vertreter der Kirchen, die sich in dieser Debatte zu Wort melden. Häufig hat man den Eindruck, dass lieber andere Religionen verteidigt werden, als dass man die eigenen Werte kraftvoll vertritt. Auch darüber sollte man in diesen Zeiten vielleicht einmal nachdenken.

(Beifall bei der CSU)

Ganz im Sinne von Martin Luther, im 501. Jahr nach der Reformation, wünsche ich uns allen mehr Mut zur eigenen Sache; denn wer sicher ist im eigenen Standpunkt, der leistet erstens einen Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft und kann zweitens gleichzeitig offen und tolerant für andere sein, meine Damen und Herren. So geht Bayern, das ist Bayern, und deswegen werden in Bayern Kreuze nicht abgehängt, sondern aufgehängt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Zwischenbemerkung: Herr Kollege Gehring, bitte.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Blume, sind Sie sich sicher, dass Sie diese Debatte so führen wollen, wie Sie sie gerade geführt haben?

(Zurufe von der CSU: Ja!)

Markus Blume (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Ja.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sind Sie sich sicher, dass wir hier anfangen sollen, Bekenntnisse abzulegen? Ich bin katholisch, aber ich habe

keinen Grund, hier ein Bekenntnis abzulegen, ob ich es bin oder ob ich es nicht bin. Das ist nicht die Rolle dieses Landtags, das ist nicht die Rolle dieses Parlamentes und auch nicht die Rolle von uns Abgeordneten.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER
– Ingrid Heckner (CSU): Das hat auch keiner gesagt!)

Wollen Sie uns wirklich Heuchelei vorwerfen für diesen Antrag? Werfen Sie das auch dem Landesbischof Bedford-Strohm vor? Werfen Sie das auch Herrn Burkhard Hose vor, Leuten aus der Kirche, die sich sehr dezidiert gegen diese Kreuz-Aktion Ihres Ministerpräsidenten geäußert haben? Es kann doch nicht sein, dass wir hier im Bayerischen Landtag als bayerische Abgeordnete über Bekenntnisse und Heuchlertum reden. Was ist denn das für ein Staatsverständnis?

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Dann reden Sie von unserer Verfassung. Ja, der christliche Einfluss, die christliche Prägung sind wichtig. Aber nach dem Christentum kam die Aufklärung in unser Land, nach dem Christentum kam der Humanismus. Das beruht zum Teil auf christlichen Wurzeln, aber natürlich auch auf der Auseinandersetzung vor allem auch mit der Rolle der Kirchen und der tagtäglichen Praxis des Christentums in unserem Land. Sie wissen genauso gut wie ich, dass in diesen 2.000 Jahren unter dem Zeichen des Kreuzes leider auch schlimme Dinge gemacht worden sind, nicht zuletzt von den Kreuzfahrern, die unter dem Kreuz Krieg geführt haben. Deswegen sind Symbole immer etwas, was wir belegen, indem wir Symbolen etwas geben.

Unser Zusammenleben in dieser Gesellschaft und unsere Verfassung macht doch aus, dass wir zusammenleben, egal, welchen Glauben wir haben, dass wir uns auf das Zusammenleben verpflichtet haben, ob wir an das Kreuz glauben oder nicht, ob wir es als Symbol sehen oder als kulturelles Symbol. Das müssen wir betonen.

Mit dem Aufhängen des Kreuzes betreiben Sie tatsächlich Symbolpolitik. Wenn Sie das nur zum kulturellen Werkzeug herabwürdigen, dann wird das folkloristisch, und dann reden wir nicht über Glaube. Wir müssen hier aber auch nicht über Glaube reden.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Blume, bitte. – Die Zeit ist um, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) – Einen Satz noch! – Wenn Sie uns hier Antisemitismus vorwerfen oder dass wir uns nicht klar dagegen bekennen,

(Zurufe von der CSU: Das hat keiner gesagt!)

fordere ich Sie auf, sich dafür zu entschuldigen. Das ist nicht die Position der GRÜNEN. Gestern hat sich Cem Özdemir sehr deutlich dazu geäußert. Ich fordere Sie auf, sich dafür zu entschuldigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Markus Blume (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Herr Kollege, wenn Sie hier so viel mitzuteilen haben, dann würde ich vorschlagen, dass Sie in Zukunft für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer solchen Debatte reden. Das hätte dann vielleicht auch die Qualität des Beitrags insgesamt noch gehoben.

Was die Debatte angeht, lieber Herr Kollege, sollten Sie uns nicht vorwerfen, dass wir die Debatte führen. Wir reden über Ihren Dringlichkeitsantrag; es ist Ihr Antrag, es ist nicht unser Antrag, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Was die Sache des Kreuzes angeht und den Glauben – Herr Kollege, ich bin völlig bei Ihnen –: Glaubenssache ist individuell, ist persönlich, ist die persönliche Lebensentscheidung jedes Einzelnen. Das ist grundgesetzlich verbürgt in einem Land, in dem

Religionsfreiheit zu Recht großgeschrieben wird. In der Frage der Identitätsstiftung des Kreuzes, und zwar als Grundlage unseres Zusammenlebens, was sich durch die gesamte Gesellschaft und Rechtsordnung zieht, geht es nicht um eine Glaubensfrage, sondern da geht es um eine Haltungsfrage, die völlig unbestritten sein kann; denn daraus leiten sich Menschenwürde und das gesamte Grundrechtskonzept unserer Verfassung ab. Vor dem Hintergrund, lieber Herr Kollege, werden wir an der Stelle nicht weiter debattieren, weil wir glauben, dass hier eine klare Grundhaltung notwendig ist, die gerade auch mit dem Kreuz zum Ausdruck kommt.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Stachowitz das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Diana Stachowitz (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin! Zunächst muss ich auf die Äußerungen von Herrn Kollegen Blume eingehen, die mich sehr betroffen gemacht haben. In dieser Debatte geht es um die Grundrechte und die Grundwerte unserer Verfassung. Sie führen diese Debatte in einem Ton, der nicht den Werten und – jetzt werde ich doch theologisch – dem Kreuz entspricht. Bei der Kreuzigung geht es sehr wohl um Demut, um Respekt und um Toleranz. Es geht darum, ein Leid zu tragen. Die Sache des Glaubens ist eine ernste in unserem Land. Uns Gläubige hat miteinander aufgeschreckt, dass dieser Ton angeschlagen wird. Ich bin wirklich erschrocken, weil ich weiß, dass Sie sehr wohl in unserer evangelischen Kirche engagiert sind. Schlau dahergeredet haben Sie in diesem Tonfall. Aufgeregt haben Sie sich. Deswegen bitte ich Sie, noch einmal in sich zu gehen und sich gut zu überlegen, welches Symbol die Kreuzigung darstellt. Im Hinblick auf die Auferstehung sollten wir Protestanten wirklich darüber nachdenken. Das ist die Grundlage.

Jetzt komme ich zu dem Akt der Verordnung. Herr Ministerpräsident Söder, von Protestantin zu Protestant: Was wollten Sie mir als gläubiger Christin mit dieser Aktion eigentlich sagen? Oder war das gar nicht an mich gerichtet?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Kreuz steht nicht für die Grundwerte der Rechts- und Gesellschaftsordnung eines Landes, eines Bürgers oder einer Parteipolitik. Das Grundgesetz garantiert uns die Religionsfreiheit – andersherum ist es richtig. Jeder Extremist, egal, welcher Religion und welcher Kirche er angehört, der dieses Grundrecht der Verfassung bricht oder verletzt, wird auf der Grundlage unseres Rechtssystems, unserer Verfassung, rechtlich belangt. Wir befinden uns nicht mehr im Kirchenrecht wie noch vor einigen Jahrhunderten. Zum Glück sind Kreuze kein Kampfmittel mehr zur Ausgrenzung oder zur Abgrenzung. Das Kreuz steht nicht für die Identität eines Landes und seiner Bewohner oder die Identität einer Partei.

(Manfred Ländner (CSU): Das sagen wir doch gar nicht! – Peter Winter (CSU): Haben Sie die Rede von Herrn Blume nicht gehört?)

– Ich habe die Rede sehr wohl gehört. Herr Blume hat von der Identität des Landes, der Identität der Grundwerte und der Identität unserer Verfassung gesprochen. Das hat er sehr wohl hergeleitet. Ich richte meine Worte jetzt an denjenigen, der diese Verordnung erlassen hat. Das ist Herr Söder. Das Kreuz ist ein Symbol des Glaubens. Ich habe versucht, das zu erklären. Vielleicht beschäftigen Sie sich auch noch einmal damit.

Mein Glaube ist nicht abhängig von einem Land. Mein Glaube ist nicht abhängig von einer Kultur. Meinen Glauben habe ich in mir, den kann ich überall hin mitnehmen. Mein Glaube ist meine Heimat. Ich wünsche mir eine Politik in Bayern, die zuhörend, zupackend und zukunftsorientiert ist. Dafür stehen wir als SPD. Wir stehen hinter den Kirchen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Streibl.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Als Sie in Ihrer Regierungserklärung gesagt haben, dass Sie Kreuze aufhängen wollen, habe ich mich zuerst gefreut. Ich bin Oberammergauer. In meiner Heimat ist die Holzschnitzkunst zu Hause. Es gibt sehr viele Herrgottsschnitzer. Wir hoffen auf viele Aufträge aus der Staatskanzlei. Ich hoffe, dass Sie dies berücksichtigen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Deshalb habe ich nichts dagegen, wenn Kreuze aufgehängt werden. Herr Ministerpräsident, die Art und Weise, wie Sie das zelebriert haben, und auch Teile der Begründung machen mich aber schon betroffen und stutzig. Man merkt, dass hier etwas im wahrsten Sinne des Wortes medienträchtig inszeniert wird – mit schönen Fotos oder auch nicht. Sie möchten etwas verkaufen. Das Kreuz wird dabei politisch instrumentalisiert. Sie machen mit dem Kreuz Politik. Das ist nicht im Sinne des Kreuzes. Von diesem Vorwurf kann ich auch die Fraktion der GRÜNEN nicht freisprechen; denn auch dieser Antrag instrumentalisiert das Kreuz, aber in die andere Richtung. Meiner Meinung nach hat diese Debatte an dieser Stelle überhaupt nichts verloren. Dies ist der falsche Ort dafür.

Sie sagen, das Kreuz sei ein grundlegendes Symbol unserer bayerischen Identität und Lebensart. Ja, das ist es vielleicht. Aber das Kreuz ist auf der ganzen Welt ein Symbol. Das Kreuz ist nicht nur das Symbol Bayerns. Sie sagen, das Kreuz sei mehr als das Christentum. An dieser Stelle wird es schon gefährlich. Alles, was wir über Artikel 1 des Grundgesetzes gesagt haben, bezieht sich auf das Christentum. Worin besteht dieses Mehr, das Sie anführen? Was ist das Andere? Sie nehmen eine theologische Entleerung des Kreuzes vor. Sie profanieren das Kreuz letztendlich. Was bleibt übrig, wenn man das Kreuz profaniert? – Dann ist es im Grunde ein Galgen, den die römischen Soldaten verwendet haben. Diesen sollte man nicht unbedingt in die Eingänge von Behörden hängen. Deshalb überlegen Sie genau, was Sie tun!

Selbstverständlich hat das Kreuz auch eine Botschaft. Die Botschaft von Artikel 1 des Grundgesetzes lautet: "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Den Rest lassen wir einmal weg. Das sollte für Sie Anlass genug sein, die Debatte und die Diskussion anders zu führen. Die Würde und der Glaube aller anderen sollten respektiert werden. Das Kreuz sollte nicht als Symbol für Ausgrenzung, sondern als Symbol für Inklusion und Integration verstanden werden. Das Christliche lebt – das haben wir schon gehört – von der Demut, aber auch von der Toleranz und ganz besonders von der Liebe. Bei Ihrem Vorhaben kann ich keinen Akt der Liebe erkennen – ganz im Gegenteil. Das Kreuz soll für einen Wahlkampf instrumentalisiert werden, damit die CSU sagen kann: Mia san mia. Mia san guad. Alle anderen sind es nicht. – Das ist jedoch überhaupt nicht christlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb ist es richtig, dass sich katholische und evangelische Verbände über das empören, was hier passiert. Ich muss Ihnen auch sagen, dass mich das persönlich in meinem Glauben betroffen macht. In einer gewissen Weise beleidigt und verärgert es mich auch. Hier würden mir einige Worte auf der Zunge liegen, die ich jetzt aber lieber nicht sage, um den Frieden des Hauses nicht zu gefährden.

Meine Damen und Herren, das Kreuz kann für vieles gebraucht und missbraucht werden. Das wissen wir Christen am besten. In der Geschichte unseres Glaubens wurde auch viel Unrecht unter dem Kreuz begangen. Von daher sollte man als Staat immer sehr vorsichtig sein bei dem, was man damit tut. Das Kreuz sollte einen eigentlich eher mahnen und zu Vorsicht und Umsicht anleiten, aber nicht zu Großmannssucht und zum Darstellen der eigenen Person. Dafür ist es zu schade.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Claudia Stamm.

(Widerspruch des Abgeordneten Ernst Weidenbusch (CSU))

– Entschuldigung, das habe ich nicht gesehen. Jetzt war es eigentlich zu spät.

(Zurufe)

– Bei mir hat es nicht geblinkt. Es tut mir leid, ich kann nur reagieren, wenn jemand am Saalmikrofon drückt. – Frau Stamm, Sie gestatten, dass Herr Weidenbusch noch seine Zwischenbemerkung macht, damit wir keinen Ärger haben? – Herr Weidenbusch, Sie haben das Wort. Zwei Minuten.

Ernst Weidenbusch (CSU): So lange brauche ich gar nicht. – Herr Kollege Streibl, ich habe aufmerksam zugehört, aber ich habe leider nicht herausgefunden: Sind Sie jetzt für Kreuze in Amtsstuben oder dagegen?

(Diana Stachowitz (SPD): Das hat er deutlich gesagt! – Weitere Zurufe)

Ganz einfach: dafür oder dagegen? Bitte sagen Sie mir das; denn darum geht es ja. Sie haben zuerst gesagt, Sie sind dafür, weil dann die Oberammergauer Kreuze bekommen. Und dann haben Sie gesagt, die Umsetzung gefällt Ihnen nicht, darum wollen Sie die Kreuze nicht drinnen haben. Ich glaube, wir zwei sind uns einig, dass das Kreuz für uns persönlich ein Symbol ist. Aber die Frage ist wirklich: Würden Sie es hineinhängen oder nicht, Sie persönlich?

(Unruhe)

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Herr Weidenbusch, ich weiß, Sie sind ein aufmerksamer Zuhörer, und das ehrt Sie auch. Klar habe ich auch bei mir zu Hause ein Kreuz hängen, und das ist für mich auch wichtig. Ich kritisiere nicht das Aufhängen in den Behörden. Ich kritisiere die Art und Weise und die Begründung; denn diese ist falsch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Diana Stachowitz (SPD): Genau!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt bitte ich die Kollegin Claudia Stamm ans Rednerpult.

Claudia Stamm (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bestenfalls kann man die Debatte um die Kreuze als weiteren Show Act des Ministerpräsidenten bezeichnen. Tatsächlich ist es Symbolpolitik und leider ein Paradebeispiel, ein schlechtes noch dazu; denn wer ein Kreuz vor sich hertägt bzw. an die Wand jeder Behörde in Bayern hängen will, sollte christliche Werte auch wirklich vorleben und nicht im Gegenteil spalten und Menschen mit Bedarfen gegen andere Menschen mit Bedarfen ausspielen.

In Artikel 1 des Grundgesetzes – "Die Würde des Menschen ist unantastbar" – steht nicht: Die Würde des deutschen Menschen ist unantastbar.

(Jürgen W. Heike (CSU): Das hat niemand gesagt!)

Und wenn Sie nicht auf mich hören wollen, könnten Sie wenigstens auf die Worte sowohl von katholischer als auch von evangelischer Seite hören. Der Landesbischof zum Beispiel hat klar gesagt, das Entscheidende sei, dass das Kreuz nicht nur an der Wand hänge, sondern auch mit Leben erfüllt werde.

(Peter Winter (CSU): Da hat er recht! – Weitere Zurufe)

Abgesehen davon, Herr Ministerpräsident, ist das Kreuz nicht ein kulturelles Symbol, wie Sie gesagt haben. Das Kreuz ist ein religiöses Symbol, und das sollte auch Ihnen heilig sein, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Muthmann, ebenfalls für zwei Minuten.

Alexander Muthmann (fraktionslos): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Beitrag richtet sich auch an den Kollegen Blume, der von Toleranz und Ach-

tung als Grundlagen des Zusammenlebens gesprochen hat und im nächsten Satz den Redebeitrag der Vorrednerin als Beitrag von größter anzunehmender Dummheit bewertet hat. Das passt nicht zusammen. Wenn auf der einen Seite von Symbolik gesprochen wird und dahinter nicht der Nachweis von Substanz steht, kommt es zu dem Problem, über das heute diskutiert wird.

In Zeiten, in denen wir uns um ein tolerantes, weltoffenes und modernes – ich würde sagen: auch friedliches – Bayern und um ein gutes Miteinander der verschiedenen Religionsgemeinschaften bemühen, ist Symbolik einfach zu wenig. Da sind Verständnis, Gespräche und Empathie wichtig und gefragt. Die Politisierung eines solchen christlichen Symbols – das wurde bereits ausgeführt, ich will es nicht wiederholen – halte ich für falsch, und zumal diese aufdringliche Inszenierung ist abzulehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Staatsminister Herrmann.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres und Integration): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Katastrophe des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs haben die Väter und Mütter der Bayerischen Verfassung im Jahre 1946 an die Spitze unserer Verfassung, in die Präambel unserer Verfassung die Worte gestellt: "Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des zweiten Weltkrieges geführt hat ...". Ich brauche die weiteren Sätze nicht zu zitieren. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist als eine der großen Ursachen – jedenfalls als eine der Kernursachen – dafür, dass diese Katastrophe des Nationalsozialismus möglich wurde, die Abwendung von den christlichen Grundsätzen und vom Glauben an Gott erkannt worden.

Schon damals fand sich in Artikel 131 der Bayerischen Verfassung zu den obersten Bildungszielen in unseren Schulen und in unserer Gesellschaft wieder die klare Aus-

sage: "Oberste Bildungsziele sind Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor religiöser Überzeugung und vor der Würde des Menschen". Ja, das sollte auch heute unser Zusammenleben prägen. Nicht von ungefähr hat man dann als allererste Worte der Präambel unseres Grundgesetzes formuliert: "Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ... hat sich das Deutsche Volk ... dieses Grundgesetz gegeben." – Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen!

Ja, wir bekennen uns zu weltanschaulicher Neutralität. Wir stehen ein für die Religionsfreiheit, und weil die Religionsfreiheit in Deutschland garantiert wird, kommen Menschen aus vielen anderen Ländern zu uns und suchen hier Zuflucht, weil diese Religionsfreiheit in anderen Ländern nicht gewährleistet ist. Aber dies bedeutet nicht, dass wir eine total laizistische Verfassung hätten. Es ist keine Verfassung, in der sich die Wörter "Gott" und "Glaube" nicht wiederfinden würden, sondern ganz im Gegenteil. Sowohl in der Bayerischen Verfassung als auch im Grundgesetz wird ausdrücklich der Glaube an Gott als eines der zentralen Themen des Zusammenhalts unserer Gesellschaft, als etwas, was die Mehrheit der Menschen in unserem Land ganz wesentlich selbst prägt, angesprochen, ja, als selbstverständlich vorausgesetzt.

Meine Damen und Herren, das Kreuz bezeugt die prägende Kraft des Christentums für unsere kulturelle Identität und erinnert auch an die Wurzeln unserer Gesellschaft. Den Werten, die unsere Gesellschaft zusammenhalten, sichtbaren Ausdruck zu verleihen, das ist kein Missbrauch religiöser Symbole. Es sollte vielmehr unser gemeinsames Anliegen sein, das zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall bei der CSU)

An unsere kulturelle Identität und an die gemeinsamen Werte zu erinnern, gilt gerade in Zeiten wie diesen, in denen wir alle einen grundlegenden Wandel in vielen Lebensbereichen erleben und in denen offensichtlich auch viele Menschen nach Orientierung suchen. Wer diesem Bemühen wie im Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN die Religionsfreiheit entgegenhält, der verkennt deren Gehalt ganz grundlegend. Die Religions-

freiheit gebietet in der Tat staatliche Neutralität in religiösen Fragen. Sie ist jedoch kein Gebot zur Eliminierung des Religiösen aus dem öffentlichen Bereich und bedeutet gerade keine völlige Beliebigkeit in religiös-weltanschaulichen Fragen. In Deutschland gibt es traditionell keine laizistische Trennung von Staat und Kirche. Dies hat übrigens auch das Bundesverfassungsgericht bereits 1995 ausdrücklich klargestellt. Ich zitiere wörtlich:

Auch ein Staat, der die Glaubensfreiheit umfassend gewährleistet und sich damit selber zu religiös-weltanschaulicher Neutralität verpflichtet, kann die kulturell vermittelten und historisch verwurzelten Wertüberzeugungen und Einstellungen nicht abstreifen, auf denen der gesellschaftliche Zusammenhalt beruht und von denen auch die Erfüllung seiner eigenen Aufgaben abhängt. Der christliche Glaube und die christlichen Kirchen sind dabei, wie immer man ihr Erbe heute beurteilen mag, von überragender Prägekraft gewesen. Die darauf zurückgehenden Denktraditionen, Sinnerfahrungen und Verhaltensmuster können dem Staat nicht gleichgültig sein.

So weit das Bundesverfassungsgericht. Meine Damen und Herren, dies wird verkannt und bewusst außer Acht gelassen, wenn im Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN auf Bestimmungen der Bayerischen Verfassung zur Religionsfreiheit, zu den Landesfarben und das Landeswappen verwiesen wird. Meine Damen und Herren, wir bekennen uns natürlich zu unseren Landesfarben und zu unserem Landeswappen. Auch bei uns im Plenum steht die bayerische Flagge. Aber die bayerische Flagge ist doch kein Ersatz für bzw. keine Alternative zum Kruzifix, das seit Jahren zu Recht im großen Treppenaufgang des Maximilianeums hängt.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte ganz kurz eine weitere Gerichtsentscheidung zitieren, die das sehr trefflich zum Ausdruck bringt. Sie haben meines Erachtens ein viel zu enges und zu einseitiges Verständnis von Religionsfreiheit. Im Jahr 2011 hat sich der Europäische Gerichts-

hof für Menschenrechte mit einer Klage gegen das Anbringen von Kruzifixen in Klassenzimmern in Italien beschäftigt. Ich zitiere jetzt lediglich einen Absatz daraus, selbst wenn man vieles vorlesen könnte. Die Klage wurde damals abgewiesen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte kommt zu dem klaren Ergebnis:

Das Anbringen von Kruzifixen macht die Mehrheitsreligion des Landes in der Schule besonders sichtbar. Das allein ist keine Indoktrinierung. Das Kruzifix ist ein wesentlich passives Symbol. Die italienischen Behörden und Gerichte haben bei ihrer Entscheidung, es in Klassenzimmern zu belassen, den ihnen zustehenden Ermessensspielraum nicht überschritten.

Meine Damen und Herren, wir erwarten nicht von jeder staatlichen Institution in Europa, dass sie das genauso sieht wie wir. Aber wir sehen uns im Einklang mit dieser Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Wir haben im Freistaat Bayern das Recht, uns zur christlichen Prägung unseres Landes zu bekennen und sie mit dem Symbol des Kreuzes auch in den Dienstgebäuden unseres Landes sichtbar zu machen. Dazu stehen wir.

(Beifall bei der CSU)

Das gehört zur christlichen Prägung unseres Landes. Wer die Mehrheitsreligion in unserem Land richtig versteht, der weiß, dass gerade diese christliche Religion niemanden ausgrenzt, sondern sich grundsätzlich um Nächstenliebe bemüht. Das war in der Geschichte, auch der christlichen Kirchen, nicht immer von Fehlern frei. Wir verstehen die Interpretation des christlichen Glaubens im Einklang mit dem, was heute die Achtung der Menschenwürde und die Garantie der Religionsfreiheit in unserem Land bedeuten. Das ist auch heute das Religionsverständnis der allermeisten Christen in unserem Land. Deshalb ist das Kreuz nicht nur ein historisches Symbol, sondern auch das richtige Symbol für die Zukunft unseres Landes. Davon sind wir fest überzeugt. Deshalb stehen wir zu diesem Symbol. Deshalb stehen wir zur christlichen Prägung

unseres Landes. Diese wollen wir mit großem Engagement auch für die Zukunft gestalten.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Minister, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Hätten Sie eine Zwischenfrage angenommen? – Nein. Dann werde ich als Nächstes der Kollegin Stachowitz für eine zweiminütige Zwischenbemerkung das Wort erteilen.

Diana Stachowitz (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Staatsminister! Ich habe eine kleine Anmerkung. Das weiß-blaue Rautenmuster kommt ja aus dem Böhmischen. Das wissen Sie. Das hat eine Gräfin damals eingebracht. Ich möchte damit verdeutlichen, wie multikulturell Bayern eigentlich ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Anmerkung zielt aber auf etwas anderes ab. In der Verfassung ist von Gott, nicht aber von einem christlichen Gott die Rede. Wenn wir davon ausgehen, dass wir das Thema Gott so beziehen, dann hängen wir noch eine Kippa daneben und die anderen Symbole derjenigen, die sich mit Gott identifizieren.

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres und Integration): Liebe Frau Kollegin Stachowitz, ich habe großen Respekt vor Ihnen, weil Sie in einer ähnlichen Weise, wie ich mich bemühe, engagierte Christin sind. Ich glaube, es wäre ungut, wenn wir uns in Haarspalterei verlieren. Ich habe darüber nicht als Innenminister zu befinden. Ich sage Ihnen aus meinem Glauben heraus meine persönliche Meinung. Sie haben die Kippa und damit die Mitbürger jüdischen Glaubens angesprochen. Mein Verständnis ist, dass Christen und Juden an den gleichen Gott glauben. Das Alte Testament verbindet uns ohnehin. Ich habe – – Bitte?

(Thomas Gehring (GRÜNE): Für die Juden ist das Kreuz kein Symbol des Glaubens! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Nein, für die Juden ist das Kreuz kein Zeichen ihres Glaubens. Sie haben vielleicht wahrgenommen, was Frau Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, gesagt hat. Sie hat es begrüßt, dass das Kreuz als Zeichen für die mehrheitlich christliche Prägung unseres Landes gezeigt wird. Sie hat das ausdrücklich begrüßt und befürwortet. Ich glaube, die Kritik ist fehl am Platze. Das Problem haben hier manche immer wieder: Wir vertreten unseren eigenen Standpunkt nicht mehr, allein aus Sorge davor, dass wir irgendjemandem zu nahe treten könnten.

(Beifall bei der CSU)

An den Äußerungen von Frau Knobloch, einer der renommiertesten Vertreterinnen der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger unseres Landes, erkennen Sie, dass sie dieses Problem überhaupt nicht hat. Sie weiß, dass die Gesellschaft hier mehrheitlich vom Christentum geprägt ist. Das gehört heute zu unserem Verständnis. Wir treten selbstverständlich voll für das Recht unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger und für deren Glaubensfreiheit in unserem Land ein. Darüber hinaus bekennen wir uns ganz klar dazu, dass die Existenz des Staates Israel zur Staatsräson, zum Selbstverständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland gehört, und, und, und. Daraus muss man jedoch keinen Gegensatz konstruieren, sondern das gehört heute selbstverständlich zu unserem christlichen Glauben. Das habe ich vorhin gesagt.

Wenn sich hinsichtlich des ersten Satzes unseres Grundgesetzes in "Verantwortung vor Gott und den Menschen" auch ein muslimischer Mitbürger klar zur Präambel des Grundgesetzes bekennt und unter Gott für sich Allah im Einklang mit der gesamten Werteordnung unseres Grundgesetzes versteht, wird dagegen niemand etwas einzuwenden haben. Dies ist aber überhaupt kein Argument dagegen, dass die Mehrheit in unserem Land ihre christliche Prägung durch das Kruzifix an den Wänden repräsen-

tiert sieht. Dazu stehen wir. Ich glaube, deshalb müssen wir aus dieser Einschätzung auch keinen Gegensatz konstruieren.

(Diana Stachowitz (SPD): Mir ging es nur darum, dass die anderen auch ihren Gott finden!)

Wir stehen jedenfalls zu unserem klaren Bekenntnis, liebe Frau Kollegin Stachowitz.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult, Herr Minister; wir haben noch zwei Zwischenbemerkungen von Kollegin Gottstein und Kollegin Claudia Stamm.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Minister, glauben Sie, dass es vielleicht einen Unterschied gibt zwischen Mut, zu seinem Glauben zu stehen – Gott sei Dank brauchen wir in unserem Land keinen Mut mehr, zu unserem jeweiligen Glauben zu stehen –, und einer gewissen Scheinheiligkeit, seinen Glauben vor sich herzutragen? Das ist meine erste Bemerkung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bei diesem Punkt begeben Sie sich auf eine ganz schmale Gratwanderung. Ich glaube, entweder verstehen Sie und Ihre Vorredner Ihrer Partei es nicht oder Sie wollen es nicht verstehen, dass es im großen Teil dieser Debatte nicht darum geht, ob man dafür oder dagegen ist, das Kreuz aufzuhängen. Ich glaube, mein Kollege Streibl hat sehr wohl gesagt, dass das für uns keine Frage ist, dass das eine Bedeutung hat, dass das gerechtfertigt ist. Es geht um die Art, wie man – beschämend – eine Show daraus macht und es theologisch völlig falsch begründet.

Ich bitte Sie, mit großem Ernst zu lesen, was Ihnen heute die katholische und die evangelische Jugend geschrieben haben: dass Sie eine Show veranstalten, die vielleicht ein Werbeberater erfunden hat. Das wäre vielleicht noch eine Entschuldigung.

Inzwischen sehe ich es aber so, dass Sie uns als echte Christen missbrauchen. Wahrscheinlich sind wir hier in vielerlei Hinsicht gläubig. Wir müssen hier über Kirchenasyl diskutieren. Wir haben Sie teilweise unterstützt und begehen im Zusammenhang mit Asyl sehr wohl Handlungen, die mit unserem Christentum kaum noch zu vereinbaren sind, weil wir zwischen dem Christlichen und der Rationalität des Staatswesens letztendlich abwägen müssen. Jetzt aber auf einmal so zu tun, ist so etwas von scheinheilig; das ist beschämend. Ich schäme mich für Christen, die ihren Glauben für so etwas hergeben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres und Integration): Liebe Frau Kollegin, ich bemühe mich jetzt nachdrücklich, in diese Debatte keinen falschen Ton zu bringen, weil es mir persönlich sehr, sehr wichtig ist, dass, wie ich meine, viele in diesem Raum gerade dieser christliche Glaube nach wie vor verbindet. Deshalb ist es mir auch wichtig, heute nicht mehr Gräben als notwendig aufzureißen.

Ich darf im Anschluss an das, was Markus Blume schon gesagt hat, darauf hinweisen, dass es die Fraktion der GRÜNEN war, die es für nötig befunden hat, diese Debatte heute im Landtag zu führen.

(Diana Stachowitz (SPD): Warum? – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben diese Debatte nicht inszeniert. Ich bemühe mich, in, wie ich glaube, gemeinsamer christlicher Grundüberzeugung jedenfalls bei der Frage, welchen Mitmenschen ich Scheinheiligkeit vorwerfe, immer sehr, sehr vorsichtig zu sein. Im Leben sind immer und überall auch viele Pharisäer unterwegs. Jeder, der anderen Scheinheiligkeit vorwirft, sollte darüber erst einmal selber in Ruhe nachdenken.

(Beifall bei der CSU)

Als Innenminister habe ich versucht, Ihnen mit ruhigen Worten, aber auch mit einer klaren verfassungsrechtlichen Begründung darzulegen, weshalb es einerseits angesichts der aktuellen politischen Entwicklung auch in unserem Land politisch klug und richtig ist, andererseits aber auch völlig unbestritten vertretbar und okay ist, genau so zu entscheiden, wie die Bayerische Staatsregierung in ihrer Ministerratssitzung am Dienstag eindeutig, einstimmig, einmütig entschieden hat, und dass ich meine, dass es, um die christliche Prägung unseres Landes zu bewahren, genau richtig ist, weiter so vorzugehen. Deshalb, meine ich, sollten wir uns jetzt wieder darauf konzentrieren.

Ich interpretiere Sie so, dass Sie das inhaltlich für richtig halten. Sie sprechen von Show und Scheinheiligkeit. Wenn ich Sie aber richtig verstehe und auch den Kollegen Streibl richtig verstanden habe, haben Sie an dem Ergebnis der Entscheidung des Ministerrats nichts auszusetzen. Darauf sollten wir uns jetzt konzentrieren und dies gemeinsam weiter voranbringen.

Lassen Sie mich vielleicht noch eine Bemerkung dazu machen, die mich persönlich in den letzten zwei Jahren schon besonders oft umgetrieben hat und mich auch oft zum Nachdenken gebracht hat. Was können wir tun, um den Zusammenhalt in unserem Land weiter voranzubringen? – Ich erinnere mich an den Beginn der Pegida-Demonstrationen vor allen Dingen in Ostdeutschland, wo plötzlich Tausende von Leuten Sprüchen hinterherliefen. Da ging es vordergründig gegen die Islamisierung unseres Landes. Dann waren Menschen unterwegs, die man im Laufe der Monate und der letzten zwei Jahre erlebt hat und die sich dann selbst mit einer zum Teil brutalen Wortwahl mit unglaublichem Rassismus geäußert haben. Man hat gespürt, dass einerseits dieses Thema Islamisierung unseres Landes viele Menschen emotional umtreibt, auf der anderen Seite aber auch völlig klar ist, dass man mit einer solch negativen Grundeinstellung, wie sie dort bei solchen Pegida-Demonstrationen von vielen Menschen geäußert worden ist, keine Zukunft gewinnen kann. Im Kern steckt eben auch dahinter: Nur indem man gegen etwas ist, kann man auch keine Zukunft gewinnen. Gerade

deswegen sage ich noch einmal: Es ist notwendig, dass wir klar sagen, wozu wir uns bekennen, nicht, gegen was wir in erster Linie sind, sondern wozu wir uns bekennen.

(Beifall bei der CSU)

Darum ist es wichtig, dass wir unsere Werte und unsere Grundausrichtung wieder in den Vordergrund stellen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Weitere Zwischenbemerkung von Kollegin Claudia Stamm.

Claudia Stamm (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Staatsminister, anknüpfend an die Kollegin Gottstein, die anführte, dass das, was in der Staatskanzlei verabschiedet wurde, theologisch falsch ausgelegt ist, wollte ich aus der Pressemitteilung zitieren. Das Kreuz ist – ab jetzt ist das Zitat wörtlich – "Ausdruck der geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns". Ich lasse etwas aus. "Das Kreuz ist das grundlegende Symbol der kulturellen Identität" usw. Sie haben in Ihrer Rede zu Recht darauf abgehoben, dass das Kreuz ein religiöses und kein kulturelles Symbol ist.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Beides!)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres und Integration): Frau Kollegin Stamm, man merkt, dass bei einer Reihe von Wortmeldungen fast krampfhaft versucht wird,

(Beifall bei der CSU)

ständig einen Gegensatz zu konstruieren, der nicht vorhanden ist.

(Beifall bei der CSU)

Auch in dem Antrag wird darauf Bezug genommen. Auch in der Bayerischen Verfassung steht, dass Bayern ein Kulturstaat ist. Man kann doch die Kultur Bayerns gar nicht richtig verstehen, begreifen und auch für die Zukunft definieren, ohne nicht auch

den Anteil der christlich-jüdischen Prägung unseres Landes an dieser Kultur zu berücksichtigen. Ich kann doch keinen Gegensatz zwischen bayerischer Kultur und Christentum konstruieren. Dies ist doch völlig abwegig. Natürlich gehört das zusammen. Natürlich ist das Christentum nicht allumfassende Kultur, aber ein wesentlicher Teil.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Bevor wir aber zur namentlichen Abstimmung kommen, hat Kollegin Schulze um eine persönliche Erklärung gemäß § 112 der Geschäftsordnung gebeten, und zwar zur Aussprache. Fünf Minuten!

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Herr Blume, Sie unterstellen uns GRÜNEN und damit auch mir, wir würden nichts gegen Antisemitismus tun. Das ist schäbig, das ist falsch, und das weise ich vehement zurück.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich war auf dem Christoph-Probst-Gymnasium in Gilching. Vielleicht wissen Sie nicht, wer Christoph Probst ist. Ich sage es Ihnen gerne. Es ist ein Widerstandskämpfer in der "Weißen Rose".

(Joachim Unterländer (CSU): Gequake!)

– Was haben Sie gerade gesagt? Das ist Gequake? Habe ich das gerade richtig gehört?

(Joachim Unterländer (CSU): Das ist unterstes Niveau!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Keine Dialoge bitte. Sie können eine persönliche Erklärung abgeben, um Angriffe abzuwehren.

Katharina Schulze (GRÜNE): Ein Grund dafür, dass ich Politik mache, ist unter anderem, dass ich unsere Demokratie schützen möchte und es nicht aushalten kann, dass Jüdinnen und Juden in unserer Gesellschaft sich nicht mehr sicher fühlen. Ich halte es für nicht nachvollziehbar, dass wir alleine 2017 in Bayern 109 antisemitische Straftaten hatten. Das sind 109 antisemitische Straftaten zu viel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin seit 2013 im Bayerischen Landtag und in meiner Fraktion Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus. In dieser Funktion habe ich für unsere grüne Fraktion unzählige Anträge zur Bekämpfung des Antisemitismus, des Rechtsextremismus, des Rassismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gestellt. Ich habe mehr Prävention, mehr Demokratieprojekte, die Erhöhung des Ermittlungs- und Fahndungsdrucks, den Ausbau der Erinnerungskultur und Demokratiebildung innerhalb und außerhalb der Schule gefordert. Sie haben unseren Anträgen nicht zugestimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin, ich darf Sie daran erinnern, keine eigenen Ausführungen zu machen, sondern sich gegen die Angriffe zu wehren. Das ist der Grund dieser persönlichen Bemerkung.

Katharina Schulze (GRÜNE): Ich zähle gerade auf, was ich im Kampf gegen Antisemitismus getan habe. Ich habe zum Beispiel einen Antrag gestellt, dass wir im Bayerischen Landtag Kuwait Airways verurteilen, weil die sich weigern, israelische Staatsangehörige ab deutschen Flughäfen zu befördern. Am 12. Dezember 2017 habe ich im Bayerischen Landtag einen Antrag mit dem Titel "Antisemitismus in Bayern entschieden entgegentreten" eingebracht. In diesem Antrag haben wir GRÜNE aufgeführt, was wir alles machen möchten, damit der Antisemitismus in unserem Land geringer wird. In der Beratung im Ausschuss haben Sie, die CSU-Fraktion, diesem Antrag nicht zugestimmt.

Und ganz zum Schluss: In dieser Legislaturperiode habe ich schon zweimal an alle Fraktionen, auch an die CSU-Fraktion, einen Brief geschrieben, in dem ich darum gebeten habe, dass wir eine Arbeitsgruppe zur Stärkung des jüdischen Lebens in Bayern einrichten. Wir wären bereit gewesen, mit Ihnen darüber zu reden, wie wir jüdisches Leben in Bayern stärken und den Antisemitismus bekämpfen können. Sie haben da nicht mitgemacht. Deswegen stelle ich hier und heute fest: Herr Blume, Sie haben in Ihrer Rede hier im Plenum eine Falschaussage gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Damit treten wir jetzt in die Abstimmung ein. Ich eröffne die namentliche Abstimmung über den aufgerufenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/21876 "Bayern: vielfältig und weltoffen! Kein Missbrauch religiöser Symbole durch die Partei CSU und Staatsregierung!" Sie haben fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 15.42 bis 15.47 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Die Abstimmung ist geschlossen. Wir zählen außerhalb des Sitzungssaales aus. – Nehmen Sie bitter wieder Platz, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich dem Plenum noch zwei Ergebnisse von Neuwahlen von Ausschussvorsitzenden bekannt: Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat in seiner gestrigen Sitzung Herrn Kollegen Manfred Ländner zum neuen Vorsitzenden gewählt. Herr Kollege Dr. Harald Schwartz wurde ebenfalls gestern zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden gewählt. Wir wünschen Ihnen alles Gute zu Ihrer Wahl und Erfolg bei Ihren schwierigen Aufgaben.

(Unruhe)

Ich bitte um etwas Ruhe, die Sitzung geht sonst nicht weiter. Wenn Sie sich unterhalten wollen, gehen Sie bitte hinaus.

(Thomas Kreuzer (CSU): Nein, die sollen da bleiben!)

Wenn Sie nur schwätzen, mache ich nicht weiter. – Bitte nehmen Sie wieder Platz, in der Tagesordnung geht es jetzt weiter.

(...)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt komme, gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Schulze, Hartmann, Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Bayern: vielfältig und weltoffen! Kein Missbrauch religiöser Symbole durch die Partei CSU und Staatsregierung!", Drucksache 17/21876, bekannt. Mit Ja haben 41 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 87. Stimmenthaltungen: 12. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 26.04.2018 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Bayern: vielfältig und weltoffen! Kein Missbrauch religiöser Symbole durch die Partei CSU und Staatsregierung! (Drucksache 17/21876)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			X
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			X
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gibis Max			
Glauber Thorsten			X
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			X
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian			
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hözl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert			
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz			
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	41	87	12